hatten. — Die Kommission für die Arbeiterstatistik ist heute wieder zusammengetreten. Auf der Tagesordnung standen Untersuchungen über die Arbeitszeit im Müller-, Bäcker- und Konditoreigewerbe, Antrag Hirsch auf Erhebungen über die Verhältnisse der jugendlichen und weiblichen Arbeiter und die Arbeitszeit der Erwachsenen und Männer in der Hausindustrie und Antrag Sigle auf fortlaufende Erhebungen über die Löhne und die Arbeitszeit aller Arbeiter, welche den gewerblichen Berufsgenossenschaften angehören. — In der Budgetkommission des Reichstags brachte heute Abg. Hammacher die bisher unwidersprochene Thatsache zur Sprache, daß das Garde-Schützen-Bataillon am 6. und 7. Januar bei 20 Grad Kälte, einschließlich der Einjährig-Freiwilligen, die vorher ihre Freiwilligen-Schnüre extra von den Achselstücken hätten herunterschneiden müssen, zu Treiberdiensten verwendet worden seien und zwar auf höheren Befehl. Die Militärverwaltung gab zu, daß dies unangänglich sei, sie werde Bericht über die Sache einfordern und der Kommission alsdann Mittheilung machen.

Leipzig. Die Direktion der Leipziger Feuerversicherungsanstalt beschloß zur Generalversammlung die Vertheilung von 720 Mk. Dividende pro Aktie wie im Vorjahre vorzuschlagen. — Der Aufsichtsrath der Leipziger Bank beschloß, der Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 6 Proz. vorzuschlagen.

Köln. Die Hochwassergefahr scheint beseitigt zu sein. Der Regen hat aufgehört. Während der Nacht stieg zwar das Wasser des Rheins noch um 7 Ctmtr., sodaß der Pegel auf 6,5 festlegen ist, vom Oberrhein aber und der Mosel wird Fallen des Wassers gemeldet.

Frankfurt a. M. In der heutigen Verhandlung des von der Deutschen Genossenschaftsbank gegen die österreichische Staatsbahn angestrengten Prozesses wegen der Couponkürzung wurde der Einwand gegen die Zuständigkeit der Gerichte zurückgewiesen und der am 27. Dez. verhängte Arrest bestätigt, während der Arrest vom 1. Oktober und vom 1. Nov. vor. J. von der Klägerin, der Deutschen Genossenschaftsbank, zurückgezogen wurde. Die Verhandlung wurde nach stündiger Dauer auf den 17. ds. M. vertagt.

Pleanitz. Für die bevorstehende Landtags-Ersatzwahl stellen die Konservativen den Landrath Dr. Schilling in Leipzig auf. Die Ordnungsmänner haben zugesagt, diese Kandidatur zu unterstützen.

Wien. Abgeordnetenhaus. Im Laufe der Budgetdebatte befürwortet Graf Kanitz die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium, namentlich zum medizinischen. Wenn in Deutschland der diesbezügliche Antrag Baumbach durchginge, so wäre das ein mächtiger Impuls für die Entwickelung der Frage. Redner empfiehlt auch die Zulassung der Frauen zur Pharmacie, für welche sie wegen ihres Ordnungssinnes, sowie wegen ihrer Gewissenhaftigkeit besonders befähigt wären.

Bern. Die Regierung von Oesterreich-Ungarn hat die Initiative ergriffen, zu einer in Dresden abzuhaltenden internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Cholera. Der österreichische Gesandte hatte gestern eine Unterredung mit dem Bundespräsidenten, welcher erklärte, die Schweiz sei bereit, an der Konferenz theilzunehmen.

Die Berliner Börse war Anfangs fest und belebt, besonders für Renten und Kohlen auf festere Meldungen der westlichen Plätze und den günstigen Geldstand; später schwächte sich die Haltung ab, und das Geschäft wurde still. Banken meist fest, ebenso Hüttenwerke und Eisenbahnen. Von fremden Renten konnten Italiener und Russen ihre Anfangsgewinne nicht völlig behaupten. Im Kassaverkehr herrschte feste Tendenz. Deutsche Anleihen meist besser, auch Industriepapiere hatten vorwiegende Kurserhöhungen. Privatdiskont 1½ Proz. Nachbörse ruhig. — Wetter: Kalter, etwas Schnee. Ostwind.

Frankfurt a. M. (Schluß-Course.) Credit-Actien 181,40. Dresdner Bk. 139,60. Staatsbahn —. Lombarden 79,—. Laura 94,20. Ung. Goldr. 86,60. Portugiesen 20,20. Siemens —. Reichsanleihe — Still.

Paris, 3 Uhr Nachm. Rente 97,80. Italiener 91,25. Spanier 61¼. Portugiesen 20,15. Turken 21,80. Turkenlooze 91,00. Ottomandank 581,00. Staatsbahn 650,25. Lombarden 255,00. Behauptet.

Paris, Produkten-Schluß.) Weizen per Februar 21,50 per Mai-August 22,50, ruhig. Spiritus per Februar 47,00 per Mai-August 47,25, ruhig. Rüböl per Februar 57,50, per Mai-August 58,75, fest.

Amsterdam. Produkten-Schluß. Weizen per März 177, per Mai 178 Roggen per März 120, per Mai 112

London. (Produkten-Bericht.) (Getreidegeschäft durch Nebel gestört.) Weizen, Mehl weichend. Preise nominell, später stetig, russischer besserer Begehr. Gerste, Hafer stetig. Vollpreise. Uebriges schleppend. Angekommene Weizenladungen ruhig. Schwimmendes Getreide: Weizen nur ½ d. s. Zu niedriger verkäuflich. Indischer stetig, Gerste geschäftslos. Mais Käufer zurückhaltend. Frankreich

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König nahm im Laufe des gestrigen Vormittags die Vorträge der Herren Staatsminister im Residenzschlosse entgegen.

— Bikariatsrath Franz Xaver Lufft in Dresden erhielt das Offizierskreuz vom Albrechtsorden.

— Dem em. Oberlehrer Carl Ernst Scholze in Bautzen ward das Verdienstkreuz verliehen.

— Der regierende Fürst von Reuß j. L. ist von Gera kommend, hier wieder eingetroffen.

— Ihre Kaiserl. Königl. Hoheit Frau Großherzogin von Toskana besuchte gestern das Magazin von J. Oliwier, Königl. Hoflieferant mit ihrem Besuche.

— Wegen des zu erwartenden Aufbruchs und Abganges des Eises sowie Hochwassers der Elbe hat die Königliche Wasserbaudirektion ihre „Dienststelle für Eisgang und Hochwasser der Elbe" im Gebäude Terrassenufer Nr. 1 von heute ab bis auf Weiteres eröffnet.

— Hochwassernachrichten. Aus Prag sind vorgestern Abend 8 Uhr 115 Ctmtr., gestern 6 Uhr früh 202 Ctmtr. über Null als Wasserstande gemeldet. Eisgang ist zu erwarten. Weiter wird aus Prag vom 3. Febr. 8 Uhr 45 Min. früh gemeldet: Eisgang bei 300 Ctmtr. über Null. Aus Leitmeritz wird gemeldet: Den 3. Febr. 8 Uhr früh Eis unterhalb Brücke in Bewegung bei 32 Centimeter über Null.

— In der vorgestrigen öffentlichen Stadtverordnetensitzung unter Vorsitz des Herrn Vicevorstehers Hofrath Dr. Osterloh gelangte erstmalig das schon vielerwähnte „Ortsgesetzblatt" zur Vertheilung. Ferner wurde ein Schreiben des Rathes verlesen, dessen Inhalt wir schon dieser Tage unter den Mittheilungen aus den Gesammtrathssitzungen gebracht haben. Es handelt sich darin um die Ausführung der Vertheilung der 5000 Mk. an besonders arme Schulkinder. Die Stadtverordneten wollten die Vertheilung unmittelbar durch die Lehrerschaft bewirkt sehen, der Rath aber hat dieselbe dem Armenamt überwiesen, weil einmal das Armenamt die zu solchen Unterstützungen bestellte Behörde ist, zum Anderen aber die Lehrerschaft nicht mit genügender Kenntniß über die Verhältnisse der einzelnen Schüler und deren Familien versehen sein kann. Der Rath betont, daß infolge der ausgesetzten 5000 Mk. beim Armenamt bereits als unterstützungsbedürftig 2210 Haushaltungen mit 2400 Kindern festgestellt worden sind. Durch die 26 Armenpflegervereine wird die gerechte und gleichmäßige Vertheilung sicher am besten bewirkt werden. Der Rath giebt zugleich eine Statistik, aus welcher im Ganzen hervorgeht, daß nicht nur vom Armenamt außerordentlich viel gethan worden ist, sondern auch, daß in diesem Winter von einem größeren Nothstand als in vorigen Wintern nichts zu bemerken gewesen ist. Während die Stadtverordneten, welche die Vertheilung der 5000 Mk. beantragt haben, dieselben nur für die Bezirksschulen bestimmt hatten, ist der Rath der Meinung, daß die beabsichtigte Wohlthat auf alle die auf gleicher Stufe mit den Bezirksschulen stehenden Schulen zu vertheilen sei und zwar ohne Berücksichtigung der Konfession. Vicevorsteher Dr. Osterloh schließt Zustimmung zu der Rathsvorlage vor. St.-V. Hartwig bedauert, daß immerhin eine Verzögerung in der Ausführung des bereits vor 14 Tagen gestellten und auf die damalige strenge Kälte bezughabenden Antrags eingetreten ist. St.-V. Siebert will die Summe von 5000 auf 10,000 Mk. erhöht sehen. St.-V. Möller, der Obmann eines Armenpflegervereins, warnt davor, die Vertheilung solcher Unterstützungen lediglich von den Vorschlägen der Klassenlehrer abhängig zu machen, die selbst in dieser Hinsicht sehr leicht getäuscht werden könnten. Die Lehrer könnten eben nichts weiter thun, als die Kinder einfach fragen, was sie wohl brauchen und das sei denn auch geschehen. Dabei sei es vorgekommen, daß von einem Lehrer für ein Mädchen ein neuer Mantel, von einem anderen für eine Schülerin ein ganzer Anzug verlangt worden sei und was dergleichen Kuriositäten mehr seien. Stadtrath Kuhn betont, daß vom Armenamt alles Mögliche gethan werde und die Noth in der That nicht so groß sei, als man sie schildere. Daß es leider Eltern gebe, die selbst mit auskömmlichen Einnahmen ihre Kinder vernachlässigen, das werde nie abzustellen sein. Im Ganzen warnt er das Kollegium, in seiner Gutmüthigkeit nicht zu weit zu gehen man könne sonst das Ende nicht absehen. Endlich beschließt man, bei dem Schreiben des Rathes Beruhigung zu fassen. — Eine Debatte wurde auch durch den Antrag des St.-V. Dr. Bierey hervorgerufen. Der Antrag lautet: „Kollegium wolle beschließen, den Rath zu ersuchen, über den von den Stadtverordneten am 12. Januar einstimmig angenommenen Antrag, die Aufnahme von Ankündigungen des Görlitzer Waareneinkaufs-Vereins in dem „Dresdner Anzeiger" ungesäumt Entschließung zu fassen und dieselbe dem Kollegium mitzutheilen." Der Antragsteller bemerkt dazu, daß es doch wohl nichts verschlagen haben würde, wenn die Administratoren der Dr. Güntz-Stiftung auf einen vom diesseitigen Kollegium einstimmig gefaßten Antrag hin die Annahme der Inserate vom Görlitzer Waareneinkaufs-Verein dem „Dresdn. Anz." wenigstens bis zur Beschlußfassung auf den Stadtverordneten-Antrag untersagt hätten. Es werden nun dieselben Gesichtspunkte wieder entwickelt, die vor 14 Tagen schon zum Ausdruck kamen. St.-V. Götte findet, daß durch die Art, wie der vielgenannte Verein das Geschäft betreibe, die bisher in Dresden stattgehabten guten Verhältnisse im kaufmännischen Leben bedauerlich gestört würden. Oberbürgermeister Dr. Stübel erklärt, er habe nichts gegen die Annahme des Dr. Bierey'schen Antrags, aber die gestellten Anträge seien so weitgehender Natur, daß sie umfassende Erörterungen erfordern. Diese seien noch nicht abgeschlossen. Die Verwaltung der Güntz-Stiftung befolge bei ihren Beschlüssen eine i. J. 1888 im Rathskollegium aufgestellte Ordnung, nach welcher sich dieselbe von aller Parteinahme in Politik und sonstwie fern und nur darauf zu halten habe, daß nichts gegen die Gesetze, die gute Sitte und die Religion Verstoßendes aufgenommen werde. Der Rath habe in der Sache aber bedeutendes Material gesammelt und werde dasselbe demnächst den Stadtverordneten mit seiner Beschlußfassung vorlegen. St.-V. Hartwig erklärt, er verstehe nicht, was da noch Besonderes zu ermitteln sein solle. Hier spiele doch kein politischer Standpunkt hinein, es handle sich einfach darum, die hiesigen steuerzahlenden Kaufleute steuerkräftig zu erhalten dadurch, daß man eine so schwerwiegende Konkurrenz, soweit es möglich, beschränke. Das Empfinden des Pulsschlags der Volksseele in der Bürgerschaft sei dem Stadtrath doch manchmal recht wenig eigen. Der Herr Oberbürgermeister möge zu Zeiten wie ein zweiter Harun al Raschid unerkannt auf die Stimme des Volkes lauschen, da würde er Manches hören, über was er sich sehr wundern möchte und ganz besonders über die hier in Frage gekommene Angelegenheit. Nach einigen weiteren Bemerkungen anderer Stadtverordneten gelangt man zur Abstimmung und diese ergiebt einstimmige Annahme des Dr. Bierey'schen Antrags. — Hiernach bewilligt man zur Ergänzung der Einrichtung der Amtsräume des Rathsvollziehungsamtes im Stadthause 288 Mark und stimmt der Begründung einer Registratorstelle beim Stadtbauamte zu. — Die Pos. 12 bis 19 des diesjährigen Haushaltplanes, den Rath, die Stadtverordneten, die Geschäftsstellen des Rathes, die Standesämter 2c. betreffend, werden nach der Rathsvorlage festgestellt. Bei dieser Gelegenheit finden zwei während der Debatte gestellte Anträge Annahme. Der eine des St.-V. Gottschall geht dahin, den Rath zu ersuchen, dem gemischten Ausschuß für die Wahlen der Stadtverordneten zur Erwägung zu geben, ob die bisherige dreijährige Wahlperiode für die Stadtverordneten nicht besser in eine sechsjährige Wahlperiode umzuwandeln sei; der andere vom St.-V. Schulze gestellte geht dahin, den Rath zu ersuchen, die Namen der Straßen und Plätze ohne zwingende Gründe nicht zu verändern und für die Benennung neuer Straßen möglichst volksthümliche und kurze Worte, namentlich aber nicht Doppelworte zu wählen. — Es werden für die Einlegung von Gasrohren in die Teutsche Kaiserallee und in die Striesener Straße zu Blasewitz zusammen 1875 Mk. und für die Erneuerung einiger Strecken der Fuß- und Fahrbahn in der Sachsenallee gegen 3000 Mk. bewilligt. Der Rathsvorlage gemäß bewilligt man zu einigen Herstellungen im Festsaal der Höheren Töchterschule, die sich vor der Aufnahme der für diesen Saal aus den Mitteln der Herrmannstiftung beschafften Bildwerke nöthig machen, den Betrag von 2740 Mk. St.-V. Kammetzer, der Referent, bemerkt hierbei: Die künstlerische Ausschmückung und edle Anregung für die Jugend sei ganz schön, aber was nütze das Alles, wenn die Schule, wie ihm von verschiedenen Seiten gesagt worden sei, „kein guter Geist" beseele. Es liege das wohl zumeist an der bedeutenden Verjudung des Schülerinnen-Körpers, denn über 20 Prozent seien Jüdinnen. Vor Allem sei der Geist der Bescheidenheit unter den Zöglingen vielfach zu vermissen. St.-V. Hartwig illustrirt das noch weiter nach den in der eigenen Familie (seine Töchter besuchen diese Schule) gemachten Beobachtungen. Goldene Uhren, die neuesten Moden u. dergl. spielten bei den jugendlichen Schülerinnen eine weit größere Rolle, als sie spielen sollten und dürften, und der Weg zum Uebermuth und Hochmuth sei recht bedenklich gebahnt. Der Geist der Bescheidenheit sei dort allerdings sehr zu verbessern. Stadtrath Dr. Rake bedauert, daß eine solche Sache in öffentlicher Sitzung zur Sprache gebracht werde, aber er müsse vor allen Dingen auf das Entschiedenste betonen, daß die Mängel, die hier an einem Theil der Schülerinnen gerügt worden seien, keineswegs als zum Geiste der Schule gehörig angesehen werden dürften. Die Mängel, die hier erwähnt würden, seien leider Gottes in der heutigen Jugend sehr verbreitet und keineswegs blos unter Jüdinnen. St.-V. Dr. Blochwitz bittet, das Thema jetzt nicht weiter fortzuführen; es könne das nicht zum Vortheil der Töchterschule gereichen. — Der Rath beabsichtigt, die alte Waisenhauskirche zu einer Turnhalle umzuwandeln und erbittet dazu die Zustimmung der Stadtverordneten. Der Verwaltungs-Ausschuß derselben schlägt aber vor, die Rathsvorlage abzulehnen. Man findet die Umwandlung eines Kirchenraumes in eine Turnhalle nicht pietätvoll. Vor Allem soll aber auch, wie verschiedene Redner betonen, Rücksicht auf die deutsch-katholische Gemeinde genommen werden, welche die Kirche noch für ihre gottesdienstlichen Zwecke zu benützen wünsche. St.-V. Hoffmeister verwendet sich sehr warm für die genannte Gemeinde. Auch St.-V. Dr. Bierey schließt sich dem an, ebenso St.-V. Dr. Blochwitz. Man wünscht allgemein, daß man den Deutsch-Katholiken die Kirche noch belasse, bis die alte reformirte Kirche frei werde, was zu Ostern 1894 erfolgen wird. Dann werde diese der Gemeinde überlassen werden können; bis dahin aber soll man das Turnhallen-Projekt ungelöst lassen oder auf andere Weise lösen. Es wird auch darauf hingewiesen, daß ja bereits in der Carusstraße genügendes Areal erworben worden sei, auf welchem die Turnhallen-Erweiterungsfrage Erledigung finden könne. Stadtrath Dr. Rake bemüht sich zwar, die Vorlage des Rathes durchzubringen, das Kollegium erhebt aber das Gutachten seines Ausschusses zum Beschluß. — Betreffs des Anschlusses an die vom Magistrat zu München angeregte Petition an den Reichstag um Erweiterung der dem Besteuerungsrechte der Gemeinden bei des örtlichen Weinverbrauchs im Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867 gezogenen engen Grenzen tritt das Kollegium dem Beschlusse des Rathes bei, welcher dahin geht, sich der obenbezeichneten Münchner Petition anzuschließen. Das Kollegium nimmt hierauf die Schenkung von 1000 Mk. seitens des Betriebsdirektors Hasse zur Begründung einer Stiftung, welche zur Unterstützung hilfsbedürftiger Wittwen von Arbeitern der städtischen Gasfabriken dienen soll, unter dem Ausdrucke des Dankes an. Ferner erklärt man sich mit der Uebernahme der Erbschaft des verstorbenen Grenzaufsehers August Neumann für arme Waisenkinder einverstanden. — Die Beschlußfassung über die vom Rathe vorgenommene Abänderung des Ortsgesetzes über die Straßenreinigung vom 13. Oktober 1887 wurde auf die nächste Tagesordnung verwiesen. Dabei soll zugleich ein vom St.-V. Götte während der Sitzung eingebrachter Antrag mit zur Berathung bez. Beschlußfassung kommen, welcher dahin geht, in dem Ortsgesetz eine Bestimmung herzustellen, daß im Winter bei Schnee und Eis wieder wie früher die Hausbesitzer gehalten sein sollen, die Fußbahnen vor ihren Grundstücken zu reinigen. Der Antrag wurde zwar nicht berathen, aber von den anwesenden Hausbesitzern mit recht oppositioneller Heiterkeit angehört. Endlich erklärt sich das Kollegium mit dem Beschlusse des Rathes, die Aufhebung des gegenwärtig vorhandenen Ausschusses zur Abschätzung der Neubauten zur Staatsgrundsteuer betreffend, einverstanden. Hierbei kam es auch zu einem Konflikt zwischen dem Vorsitzenden und dem St.-V. Hartwig. Letzterer begann zu reden, ohne daß ihm das Wort ertheilt war. Hofrath Osterloh rügte das und bemerkte, daß er Das, was er zu verbieten habe, auch wirklich verbieten wolle und daß, wenn man auch sonst mit ihm nicht einverstanden sei, man doch immer mit dem Sprechen warten müsse, bis er, der Vorsitzende, das Wort ertheilt habe. St.-V. Hartwig antwortete, er müsse solche unpassende Zurechtweisung ablehnen, er lasse sich nicht maßregeln 2c., wurde aber von Hofrath Dr. Osterloh dahin bedeutet, daß er sich Kritiken wie „unpassend" 2c. ganz energisch verbitte; sei der St.-V. Hartwig mit seiner Amtirung nicht zufrieden oder nicht einverstanden, so möge er sich beim Kollegium beschweren, hier dulde er solche wie die gehörten Aeußerungen nicht. Nachdem St.-V. Hartwig nochmals etwas bemerkt, was auf der Tribüne nicht verstanden werden konnte, ging die Berathung weiter. — Ein anfänglich als dringlich bezeichneter Antrag des St.-V. Kammetzer wurde gleichfalls auf die nächste Tagesordnung verwiesen. Der Rath soll in demselben ersucht werden, im Kellergeschoß der neuen Markthalle auf dem Antonsplatze Vorkehrungen zu treffen, welche ähnliche Brand-Katastrophen, wie kürzlich in Berlin, ausschließen.

— In der letzten Sitzung der Abtheilung Dresden der deutschen Kolonialgesellschaft sprach Herr Dr. Hindorf, der als Begleiter des Landeshauptmanns Grafen Schleinitz in Neu-Guinea geweilt, später die Hauptstation Finschhafen geleitet und nach längerem Reisen im Auftrage der ostafrikanischen Gesellschaft im Osten des dunklen Erdtheils gelebt hatte, über die Entwickelung dieses Gebietes. Er wies zunächst darauf hin, daß der Araberaufstand die Erfolge der früheren kolonialen Arbeit vollständig vernichtet habe, so daß man später so gut wie von vorn anfangen mußte. Man hat auch bereits trotz mangelhafter Unterstützung seitens maßgebender Stellen schon recht beachtenswerthe Erfolge erzielt. An der ganzen Küste seien die Früchte unserer Arbeit bemerkbar, zahlreiche Karawanenstraßen seien eröffnet und bis nach Tabora dringe der Geldverkehr, wenn allerdings auch noch Baumwollstoffe den Hauptgegenstand der Vermittelung bilden. Die einzelnen Küstenplätze seien telegraphisch mit einander und mit dem Mutterlande verbunden; die Hauptelemente für die Kolonisation bilden neben den Europäern die Inder und Araber, obwohl die Letzteren als Sklavenhändler nicht gerade sympathisch seien. Landschaftlich stehe Ostafrika hinter Neu-Guinea zurück, das ein üppiges Tropenland mit reicher und schöner Vegetation sei. Ostafrika habe weite Gebiete, die dürre Steppen und daher in keiner Weise nutzbar seien; daneben fänden sich Gebiete, die schon Viehzucht und Ackerbau ermöglichten, eine dritte Formation bestehe aus Waldbeständen an den Flußläufen und am Fuße der Berge. Dort sei die Erzeugung aller Tropengewächse möglich. Die Plantagenwirthschaft erfordere kapitalkräftige Unternehmer und zahlreiche Arbeitskräfte, die man vorläufig, bis die Eingeborenen herangezogen werden könnten, den Chinesen und Malayen entnehmen müsse. Besonders fruchtbar und von unschätzbarem Werthe sei das Usambaragebirge, wo Kaffee, Thee, Tabak vorzüglich gedeihen müßten. Der Vortragende ging auf die Topographie dieses Landstriches eingehend ein und wies darauf hin, wie die im Bau begriffene Usambara-Eisenbahn, deren erste Lokomotive schon in wenigen Monaten von Tanga bis Korogwe fahren werde und die bis zu den großen Seen fortgeführt werden solle, außerordentlich zur vollen Entwickelung des Landes beitragen werde. Unter lebhaftem Beifall schloß der Vortragende seine überaus interessanten Darlegungen.

— Am 28. ds. wird im Gewerbehaussaale von dem segensreich wirkenden Elisabeth-Vereine, der sich bekanntlich u. A. auch der Armenpflege wärmstens gewidmet hat, eine größere Festlichkeit zum Besten seiner Zwecke arrangirt. Das in Aussicht genommene Programm verspricht aparte Genüsse. Frau von Lüttichau, Exc., die Präsidentin des Vereins, hat ein Komitee von 11 Damen; Frau von Wuthenau, Frau Exc. von Kirchbach, Frau Adele Meyer, Frau Henriette Mankiewicz 2c., gebildet, in dessen Händen die vorbereitenden Arbeiten für diesen Abend liegen. Unter Anderem werden „Lebende Bilder" nach einer Koppel-Ellfeld'schen Dichtung gestellt. Die Komposition und Stellung der betreffenden Bilder hat die hier durch ihre reichen künstlerischen Intentionen bekannte Frau Mankiewicz übernommen. Es wird sich bei den Bildern also nicht um solche nach vorhandenen Originalen handeln, sondern um frei erfundene.

— Am nächsten Sonntag, den 5. Februar, Vormittags 11½ Uhr findet hier in Meinhold's Sälen ein Vortrag des Reichstagsabg. Schneider-Essen über die Militärvorlage statt. Genannter ist als Mitglied der Militärkommission ganz besonders mit der Frage vertraut. Der Vortrag ist vom hiesigen nationalliberalen Reichsverein veranstaltet, doch haben alle reichstreu gesinnten Mitbürger ohne Karte freien Zutritt.

— Nicht die Gemahlin des Rittergutsbesitzers von Bärenklaue von Billing-Treuburg ist mit ihrem Gemahl spurlos verschwunden, sondern die Mutter desselben, was uns der Herr Inspektor E. Kiesell auf Bärenklaue berichtigend mittheilt. — Verschwunden ist außerdem auch noch der jüngere Bruder des Genannten, Paul Frhr. v. Billing-Treuburg. Beide Brüder werden gegenwärtig, als der Fahnenflucht verdächtig, von den Militär-Commandos ihrer Garnisonorte Bromberg bez. Breslau ebenfalls steckbrieflich verfolgt, und wäre es sehr erwünscht, daß es gelänge, diese Hochstapler recht bald ausfindig zu machen.

— Die Jahresfeier des Dresdner Zweigvereins des Evangel. Bundes wird morgen Sonntag, den 5. d. M., durch Festgottesdienst in der Annenkirche Abends 6 Uhr und durch Festvortrag im Gemeindesaal der Kreuzkirche, gr. Brüderstraße 25, II., Abends 8 Uhr begangen. Die Predigt hält Herr Diakonus Dr. Köllsch, den Vortrag Herr Archidiakonus Lic. Dr. Schmidt.

— Der Dresdner Verein junger Droguisten feierte vorgestern Abend in den Sälen des Neustädter Casinos das 9. Stiftungsfest. Die Feier verlief unter Anwesenheit mehrerer Prinzipale und zahlreicher Gäste in recht gelungener Weise, da der Vorstand mit Umsicht und Geschmack für mancherlei künstlerische Darbietungen in Vocal- und Instrumental-Vorträgen gesorgt hatte. Nach gemeinschaftlicher Tafel, welche durch zündende Reden und Tafellieder unterbrochen wurde, bildete ein flotter Ball, der sich bis in die Morgenstunden ausdehnte, den Abschluß des amüsanten Festes.

— Damit unsere verehrten Leser wissen, warum wir die Zuschriften des jetzt vielgenannten Heinrich Scham (Pudor) nicht mehr veröffentlichen, sei noch nachfolgende abgedruckt: „Ung in's Land. Am 2 des Vorfrühlingsmondes. An die Schriftleitung der Dresdner Nachrichten. Ich muß es Euch sagen: Bevor Ihr die Briefe, die Heinrich der Freudebringer Euch zu schreiben die Laune hat, abdruckt —, müßt Ihr ihn um Erlaubniß fragen. Das letzte Mal thatet Ihr's nicht. „Nackende Menschen" zum Gruß! Heinrich Scham."

— Mit gestern hat die Hundesperre ihr Ende erreicht, und von heute ab dürfen die treuen Wächter der Menschen wieder ohne Leine die Straßen Dresdens durchlaufen. Vermuthlich wird man daher heute wieder einige Köter in festlichem Schmuck erblicken.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Bei Generaloberst v. Pape in Berlin fand anläßlich des 80. Geburtstages dieses verdienten Militärs ein Diner statt, wobei der Kriegsminister v. Kaltenborn das Wohl Pape's ausbrachte. Nachmittags hatteten das Kaiserpaar und Prinz Heinrich persönliche Glückwünsche ab. Glückwunschtelegramme sandten u. A. der Kaiser von Oesterreich, der König von Sachsen, der König von Württemberg und der Großherzog von Baden.

Auch Prinz Heinrich von Preußen hat in der russischen Botschaft in Berlin im Namen des Kaisers dem lebhaftesten Unwillen Ausdruck gegeben über die Ausgabe eines Extrablattes, wonach in Petersburg ein Attentat auf den Czaren erfolgt sein sollte. Das Vorkommniß werde verfolgt und geahndet werden.

Die politischen Geburtstagsreden der kommandirenden Generale werden auch in Blättern, die der Regierung sehr nahe stehen, als unangebracht getadelt. Die „Straßb. Post" schreibt zu den Reden von Waldersee und Schkopp: Man nimmt es im Allgemeinen den Generälen nicht übel, wenn sie bei solchen Gelegenheiten, wo sie als Redner öffentlich hervortreten und an den Patriotismus ihrer Zuhörer appelliren, etwas mit den Sporen klirren und mit dem Säbel rasseln. Das geschieht überall. Aber — es ist in der That ein starkes „Aber" dabei! — die Sporen klirren und der Säbel rasselt immer nur im Konditionalis, wenn man so sagen darf. „Hoffentlich wird uns der Friede stets erhalten bleiben; sollte aber einmal ein Krieg ausbrechen, dann und so weiter und so weiter". Solch' eine Ausführung nimmt man keinem General übel, sie gehören zu einer Generalsrede, wie die Orden zu einer Generals-Uniform. General v. Schkopp aber hat diese Grenze weit, weit, weit überschritten . . . Wenn ein französischer oder ein russischer General mit dieser Bestimmtheit vom gewiß kommenden Kriege gesprochen hätte, so würden wir ihn getadelt haben. Wir können deshalb auch dem deutschen General den Tadel nicht ersparen, ja, wir halten den Vorgang für ernst genug, um den Wunsch und die Erwartung auszusprechen, es möge das Geeignete geschehen, um die Wiederkehr ähnlicher bedauerlicher Kundgebungen unmöglich zu machen. Nicht ohne Absicht und Vorbedacht sind unsere gesammten staatlichen Einrichtungen so gestaltet, um das Heer von der Politik fern zu halten. Das ganze Heer, auch der Offizier bis hinauf zum Feldmarschall. Der Offizier soll eben nur Offizier, nichts, gar nichts Anderes sein. Daraus müssen Alle ohne Unterschied die nothwendigen Konsequenzen ziehen. Ein Kaisertoast, durch einen General ausgebracht, kann gar nicht knapp und kurz genug sein. Moltke, Waldersee's Vorgänger in der Leitung des Großen Generalstabes, nicht im Halten von Trinksprüchen, pflegte beim Festmahl an Kaisers Geburtstag zu sagen: „Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch", und Feldmarschall Manteuffel sagte regelmäßig: „Seine Majestät unser allergnädigster Kaiser und Herr soll leben!" Das sind klassische Muster für Generalsreden. Die Muster Waldersee und Schkopp aber bitten wir mit der deutlichen Ueberschrift: „Für Deutschland ungeeignet" zu versehen und außer Kurs zu setzen. Für militärische pronunciamentos haben wir hier keinen Sinn.

Eine nicht sehr willkommene Unterbrechung erfuhr, wie das „Kass. Tagebl." berichtet, die Feier des Kaiser-Geburtstages bei den rheinischen Dragonern zu Hofgeismar. Der Regimentskom-